

Evaluation Bürgerwerkstätten 2019

Bürgerwerkstätten „Miteinander reden!“

Projekt Krisen-Dialog-Zukunft

Institut für Politikwissenschaft

Professur für Politische Systeme und Systemvergleich

Projektleitung: Dr. Cathleen Bochmann

Telefon: 0351 463 35833

Krisen-dialog-zukunft@mailbox.tu-dresden.de

Inhalt

1. Ziel der Evaluation	3
2. Vorstellung des wissenschaftlichen Konsortiums.....	3
3. Evaluationsbericht.....	4
3.1 Format der Bürgerwerkstätten	4
3.2 Rahmen.....	7
3.3 Teilnehmerinnen und Teilnehmer	7
3.4 Moderation.....	10
3.5 Sachverständige.....	11
3.6 Gesprächsinhalte.....	12
4. Teilnehmerumfrage	13
4.1 Zufriedenheit mit dem Format	13
4.2 Lage des Ehrenamts in Sachsen	16
4.3 Persönliche Angaben	18
5. Zielumsetzung.....	19
6. Empfehlungen.....	19

1. Ziel der Evaluation

Die Autorinnen und Autoren dieses Evaluationsberichtes erhielt die Aufgabe, die Bürgerwerkstätten „Miteinander reden!“ des sächsischen Ministerpräsidenten wissenschaftlich zu begleiten. Ziel der Untersuchung war es, die Wirkungen des Dialogformats sowie deren Bestimmungsfaktoren zu erfassen.

Der Fokus lag folglich darauf, Erkenntnissen über Eigenschaften und Wirkungen der Bürgerwerkstätten zu erlangen sowie Möglichkeiten zu finden, die Stärken aufzubauen und die Schwächen zu reduzieren. Des Weiteren geht es darum, ob die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Bürgerwerkstätten als Ausdruck einer „Politik des Gehört-werdens“ wahrgenommen haben, kommunale Lagebilder und Perspektiven für die Lösung lokaler Probleme entwickeln konnten, ein fairer Kommunikationsprozess auf Augenhöhe stattfand sowie eine Vernetzung der Teilnehmer möglich war.

2. Vorstellung des wissenschaftlichen Konsortiums

Das Projekt „Krisen-Dialog-Zukunft“ (KDZ) am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Dresden wird vom 01.03.2018 bis zum 28.02.2021 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Förderlinie „Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen“ gefördert. Es arbeitet mit drei Projektpartnern zusammen, die jedoch nicht an der Evaluation der Bürgerwerkstätten beteiligt waren.

Das Anliegen des Projektes KDZ ist es, Bürgerdialoge zu erforschen und kommunikative Ressourcen des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu untersuchen, weiterzuentwickeln und somit für kommunale und regionale politische Akteure nutzbar zu machen. Diese Gestaltung guten, ergebnisoffenen politischen Streits stellt ein Kernanliegen pluralistischer Demokratie und einen zentralen Faktor der politischen Kultur unseres Landes dar. Dem Projekt geht es in letzter Linie darum, Dialoginstrumente zu entwickeln, die gerade in Zeiten von Polarisierung eine konstruktive Konfliktbewältigung ermöglichen. Verbände und Vereine sowie deren haupt- und ehrenamtlich Tätige bilden hier als Multiplikatoren eine wichtige Schnittstelle, an welcher Dialogformate vonnöten sind. Aus diesem Grund stellt die wissenschaftliche Begleitung der Bürgerwerkstätten des sächsischen Ministerpräsidenten eine sinnvolle Ergänzung unserer eigenen Forschungsagenda dar. Die wissenschaftliche Evaluation erfolgte unentgeltlich.

Folgende Personen waren an der wissenschaftlichen Begleitung der Bürgerwerkstätten beteiligt: Dr. Cathleen Bochmann, Dr. Ulrike Schumacher, David Gäbel, M.A. und Dr. Willi Hetze. Als studentische Hilfskräfte unterstützten uns: Janek Treiber, Julia Brandenburg, Karsten Fahrner, Anne Herpertz und Josefine Went.

3. Evaluationsbericht

Die Prozessqualität und Zielerreichung der Bürgerwerkstätten lassen sich durch nicht-teilnehmende Beobachtung auf Basis eines Merkmalskatalogs eruieren. Das Projekt erstellte hierfür einen strukturierten Leitfaden. Untersuchte Merkmale des Beobachtungsleitfadens umfassten: Reichweite der angesprochenen Organisationen und Diversität der Teilnehmer, Qualität des Prozesses sowie Wahrnehmungen zum Gesprächsverhalten der Sachverständigen, Moderatoren und Teilnehmenden des Dialogformats. Zur Beobachtung und Begleitung wurden folgende Fälle zwischen Januar und Juni 2019 ausgewählt: Freiberg, Bautzen, Leipzig, Torgau, Dresden, Chemnitz und Meißen, wobei die Bürgerwerkstatt in Freiberg für den Pre-Test des Erhebungsinstruments genutzt wurde.

Damit wurde es möglich, den zeitlichen Verlauf der Bürgerwerkstätten (Beginn, Mitte, Ende) zu verfolgen, um Lerneffekte und Änderungen in der Gestaltung des Formats aufzuspüren. Weiterhin bildet diese Auswahl Bürgerwerkstätten in Städten und ländlichem Raum ab. Aus dem Pre-Test ergaben sich konkrete Ergänzungen in Form differenzierter Beobachtungsvorgaben für die Struktur von Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie die Kategorie „Rollenklarheit“ von Akteuren. Entsprechend der Zielsetzung des Formats (gegenseitigen Austausch und das Nachdenken über Zukunftsperspektiven anregen, eine Kultur des Zuhörens und Gehört-werdens stärken) wurden geeignete Kriterien ermittelt, die die Umsetzung der Ziele abbilden können. Hierzu zählt eine ausgewogene Diskussionskultur zwischen den Beteiligten und das Nachdenken über gemeinsame Themen, über individuelle Problemlagen und Herausforderungen.

Im Evaluationsbericht wird zwischen vier Gruppen von Beteiligten unterschieden. Die Ausführungen beziehen sich 1. auf das Expertengremium, das im Auftrag der Staatskanzlei zu den Bürgerwerkstätten eingeladen hat, 2. auf die Moderatoren und Moderatorinnen, welche die Runden der Bürgerwerkstätten leiteten, 3. auf die Teilnehmenden und „Bürgerexperten“, unter denen Ehrenamtliche und Engagierte der Zivilgesellschaft zu verstehen sind, die im Rahmen ihrer Tätigkeit über spezialisierte Kenntnisse verfügen, und 4. die Sachverständigen, die einen bestimmten Verantwortungsbereich vertreten und in den Bürgerwerkstätten fachlich beratend zur Seite standen.

3.1 Format der Bürgerwerkstätten

Unter einem Veranstaltungsformat versteht das Evaluationsteam die Ordnungsstruktur und die Gesamtheit an Regeln, nach denen die Teilnehmenden bei ihrer Zusammenkunft interagieren sollen. Die Evaluation erfolgt anhand der Frage, ob dieses Miteinander den gewünschten Ergebnissen zu- oder abträglich war. Insgesamt lässt sich die Veranstaltung als Runder Tisch mit Teilrotation charakterisieren.

Die Auswertung lässt sich anhand der verschiedenen Phasen der Bürgerwerkstätten gliedern.

Vorphase

Diese Phase unterteilt sich in die Ankunft der Teilnehmer, ihre Begrüßung und Einstimmung auf die Hauptphase sowie das Briefing für die Moderatoren und die Sachverständigen. Allem voran geht die räumliche Orientierung am Veranstaltungsort. Nachdem bei der ersten Bürgerwerkstatt in Freiberg die Witterungsverhältnisse im Januar die Orientierung erschwerten, erleichterten bei den nachfolgenden Werkstätten die aufgestellten Banner am Eingang und die Beschilderung im Inneren es, die Räumlichkeiten zu finden. Eine erste Begrüßung erfolgte bei der Anmeldung, wo die Teilnehmerlisten abgeglichen, textilklebende Namensschilder zum Tragen und zum Aufstellen auf die Diskussionstische ausgegeben wurden und die Raumzuordnung erfolgte. Auch dieser Ablauf verlief reibungslos.

In den Vorbereitungen am Abend erhielten Moderatoren und Sachverständige Gelegenheit, sich kennenzulernen und abzusprechen. Diese Zusammenkünfte stellten einen transparenten Informationsfluss sicher und leisteten die Orientierung, nach welchen Regeln der Veranstaltungsablauf gestaltet werden sollte. Bei diesen Briefings konnten letzte Fragen für alle beantwortet und das Rollenverständnis geklärt bzw. geschärft werden. Bewährt hat sich dabei, zuerst eine Vorbereitungsphase unter den Moderatoren durchzuführen, um die Einigkeit in Hinblick auf die Vorgehensweise zu stärken, und im Anschluss die Sachverständigen hinzu zu ziehen, um diese über die Vorgehensweise zu unterrichten. Ist der Abstimmungsbedarf unter den Moderatoren gedeckt, können die Fragen der Sachverständigen zum Ablauf klarer beantwortet werden.

Zwischen der Ankunft und den Begrüßungsreden der Gastgeber wurden Versammlungselemente beobachtet, die von Bürgerwerkstatt zu Bürgerwerkstatt variierten. In Dresden wurde eine Führung von Schülern durch den Neubau des Gymnasiums Bürgerwiese für die Teilnehmer angeboten und sehr gut angenommen. Drei positive Effekte ließen sich dabei beobachten: 1. Die Teilnehmer erhielten eine vertiefte Orientierung im Veranstaltungsort. 2. In den Kleingruppen konnten sich die Teilnehmer kennenlernen, was den späteren Umgang in der Diskussion erleichterte. 3. Die Wartezeit bis zu den Begrüßungsreden wurde unterhaltsam verkürzt.

Mit der Zusammenkunft aller Beteiligten zum Auftakt der Veranstaltung wurde die Formatöffentlichkeit erzeugt, d.h. der gemeinsame Kommunikations- und Informationsraum zwischen Veranstaltern, Sachverständigen und Teilnehmern eröffnet. Bis auf wenige Ausnahmen markierte ein Imagefilm des jeweiligen Landkreises den Beginn, gefolgt von der Begrüßung durch einen Vertreter des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt und der Einführung ins Format durch das Expertengremium. Der Informationsfluss gewährleistete die Fokussierung auf den nachfolgenden Prozess:

Nach der formalen Eröffnung wurden die Teilnehmenden über Sinn, Zweck und Mitwirkende informiert und über den detaillierten Ablauf unterrichtet. Grundsätzlich werten wir die Einbindung von Filmmaterial als positiv, da die bildliche Darstellungsform im Kontrast zur Redelastigkeit der Veranstaltung steht und durch diese Abwechslung die Aufmerksamkeit des Publikums besser anspricht. Überlegenswert ist aber, ob eine wirkungsvollere Platzierung des Imagefilms möglich ist. Werden diese Filme am Anfang gezeigt, so hat dies zur Folge, dass die Gespräche im Publikum verstummen und Aufmerksamkeit auf das Geschehen der Veranstaltung gelenkt wird. Jedoch gelangt die bildliche und emotionale Atmosphäre, die durch die Filme aufgebaut wird, nicht zur Entfaltung, weil die folgenden Redebeiträge mit Erklärungen zum Verfahrensablauf den kognitiven Wirkungsraum besetzen. Zu überlegen wäre deshalb, den Film als Abschluss der Redebeiträge zu zeigen, um ihn wirken zu lassen, während die Teilnehmer ihre Räume aufsuchen und sich ggf. kurz über das Gesehene austauschen können. Ohne die dazwischen geschobenen Erklärungen zu den Ablaufregeln ermöglicht ihnen der Film – so die Annahme – einen leichteren gedanklichen Übergang zu den regionalen Themen, die sie folgend diskutieren sollen, und verhilft auch den Moderatoren zu einem besseren Anschluss, wenn die Diskussionen nicht in Gang kommen sollten. In diesem Fall kann reibungsloser an den Film erinnert werden, um die Einschätzungen der Teilnehmer abzufragen und dadurch einen Einstieg ins Gespräch zu finden. Die Aufmerksamkeit zu Beginn sollte auch durch die Rednerinnen und Redner hergestellt werden können. Eine nähere Betrachtung wäre es wert, ob ein Imagefilm, der zu Werbezwecken gedreht wurde, die inhaltlichen Impulse aussenden kann, auf die eine Bürgerwerkstatt aufbauen kann.

Statt eines Imagefilms wurde in Meißen die Bürgerwerkstatt mit einem Auftritt eines Schulchors eingeleitet. Wenngleich dadurch auch keine direkte Lenkung auf die Themenbereiche erfolgte, erzeugte die musikalische Aufführung eine fröhliche Atmosphäre als Ausgangspunkt für die späteren Diskussionen.

Hauptphase

Die Hauptphase gliederte sich zumeist in vier parallele Runde Tische, die in fünf Runden zu 30 Minuten diskutierten. Dabei fanden die ersten vier unter Anwesenheit von Sachverständigen statt, und die letzte Runde blieb den Teilnehmern für Gespräche untereinander. Von Runde zu Runde rotierten die Sachverständigen, sodass jeder Gesprächskreis mit jedem Sachverständigen sprechen konnte. Die Rotation brachte einerseits die Gelegenheit mit sich, jedes Thema am Abend an den auskunftsfähigen Sachverständigen zu adressieren. Andererseits wurde beobachtet, dass es manchmal schwerfiel, eine Gesprächsdynamik aufrecht zu erhalten, wenn ein thematisch dominanter Sachverständiger hinzukam.

Die Dauer von 30 Minuten erwies sich in den meisten Fällen als knapp, aber über fünf Runden als ausreichend. Kognitiv konnte dieser Zeitraum von den Beteiligten bewältigt werden, wurde aber in Teilen als anstrengend empfunden. Aus Sicht des Evaluationsteams könnten insgesamt vier statt fünf Runden genügen, was auch jüngeren Teilnehmern die Anwesenheit erleichtern würde. Die Reduktion von fünf Räumen zu Beginn der Veranstaltungsreihe auf vier – und bei wenigen Anmeldungen auf drei – zeigte keine Nachteile, da jeder Gesprächskreis unabhängig von den anderen funktioniert. Zu beachten ist, dass sich das Rotationsprinzip nur vollständig umsetzen lässt, wenn die Anzahl der Runden mindestens so hoch ist wie der Anzahl der Sachverständigen(teams) und die Anzahl der Räume.

Die kurzen Pausen zwischen den Runden von 5 bzw. 10 Minuten (zwischen Runde 3 und 4) erwiesen sich als sehr knapp bemessen, um das Buffet oder die sanitären Anlagen aufzusuchen, sich kennenzulernen und zu vernetzen. Teilnehmende kehrten oft verspätet in die Räume zurück und störten so den Beginn der neuen Gesprächsrunde. Eine Verlängerung der Pausen beugt diesem Problem vor, erschwert aber die Wiederaufnahme der Gesprächsdynamik. Weil die intensiven inhaltlichen Gespräche in der Gruppenphase stattfinden sollen, ist auch eine Begrenzung der Pausenzeiten sinnvoll. Aus Sicht des Evaluationsteams ist eine Dauer von zehn Minuten ein angemessener Kompromiss. Leichter zu merken sind die Pausenzeiten außerdem, wenn sie alle die gleiche Dauer haben. Unterschiedliche Zeiten zwischen fünf und zehn Minuten werden als Verkomplizierung des Ablaufs wahrgenommen.

Diskutiert wurde innerhalb des Evaluationsteams, ob es sinnvoll ist, statt der letzten Runde die erste Runde unter Abwesenheit der Sachverständigen durchzuführen. Auf diese Weise entfällt die Gesprächsfokussierung auf den Sachverständigen und die Anwesenden könnten sich als Gruppe mit verschiedenen Arbeitsbereichen kennenlernen, indem bspw. über den Imagefilm gesprochen wird. Da die Sachverständigen dann aber die erste Runde überbrücken müssten, erweist sich diese Variante als organisatorisch ungünstig. Darüber hinaus hat es ebenso positive Effekte, wenn die letzte Runde ohne Sachverständigen stattfindet und die Teilnehmer auf diese Weise die Möglichkeit haben, eine gemeinsame Bilanz des Abends zu ziehen. Aus diesen Gründen ist es ratsam, an der durchgeführten Variante festzuhalten.

Nachwirkung

Nach dem Abschluss der letzten Gesprächsrunde wurde die Formatöffentlichkeit mit dem Dank und der Verabschiedung durch den Moderator wieder aufgelöst. Die „Bürgerexperten“ verließen den Veranstaltungsort, während sich das Moderationsteam mit den Veranstaltern zur Auswertungsrunde versammelte – manchmal gemeinsam mit den Sachverständigen. Diese Zusammenkunft diente vordergründig der Evaluation und der Ergebnissicherung, hat aber auch supervisorische Funktion und hilft, die Ereignisse persönlich zu verarbeiten, die Kohäsion des Teams zu stärken und Ansatzpunkte zur Verbesserung zu finden.

Das Format beinhaltet einige Anstöße, die über den Veranstaltungsabend hinauswirken und zu einer nachhaltigen Auseinandersetzung mit den besprochenen Inhalten anregen sollen. Einerseits sind Sachverständige und die Staatskanzlei dazu aufgerufen, die Probleme aufmerksam im Blick zu halten und die Lösungsideen auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen. So wird auf die Sammlung der Ideen und Projekte verwiesen, die bei der Veranstaltung am 21.06.19 in der Staatskanzlei dem Ministerpräsidenten übergeben werden soll. Bis dahin erfolgt eine Umfrage zur Teilnehmerzufriedenheit, der Rücklauf der Ideen und Listen für die weitere Kontaktpflege. Dadurch sind andererseits auch die Teilnehmenden zur Folgekommunikation aufgerufen und werden angeregt, sich zu vernetzen, gemeinsam an Projekten zu arbeiten und ggf. mit dem Landratsamt weitere Veranstaltungen zu initiieren, sofern dort die Bereitschaft dazu besteht. Beachtenswert ist hierbei, dass der Landrat großen Einfluss darauf hat, ob der angestoßene Prozess weitergeführt wird. Eine enge Kooperation zwischen Staatskanzlei und Landratsämtern und die gemeinsame Überzeugung von der Relevanz des Prozesses zeichnen sich als eine Bedingung dafür ab, ob die Gesprächsimpulse erhalten bleiben können oder im Sande verlaufen. Im letztgenannten Fall kann dies zur Gesprächsmüdigkeit der Teilnehmer führen und Skepsis gegenüber neuen Gesprächsangeboten erzeugen. Im Zuge der Vernetzung und Eigeninitiative der „Bürgerexperten“ kann auch eine stärkere Spezialisierung nach Themenfeldern erfolgen, wie sie von einigen Teilnehmern gewünscht wurde.

Zwar kann die Nachhaltigkeit zum Zeitpunkt dieses Evaluationsberichtes noch nicht abschließend bewertet werden. Aber die Signale, dass die Bürgerwerkstatt über den Veranstaltungsabend hinaus wirksam ist, erscheinen äußerst wichtig für die Glaubwürdigkeit des Prozesses. Auch, wenn sich die Staatskanzlei nur als Impulsgeber für die Bürgergespräche in den Landkreisen versteht, so könnte es doch das Vertrauen in die neu aufgenommene Kommunikation zwischen Politik und Engagierten stärken, das Format regelmäßig, z.B. alle zwei Jahre oder mindestens einmal in der Legislaturperiode durchzuführen, um die Entwicklungen zu begleiten und zu erkennen, in welchen Bereichen sich über die Zeit Verbesserungen oder Verschlechterungen zeigen und wie ggf. nachgesteuert werden kann. Mit einer Bürgerwerkstatt zu Beginn jeder Legislaturperiode könnte signalisiert werden, die Anliegen der Einwohner in die kommende Regierungszeit mitzunehmen. Dadurch wird die Distanz zwischen Regierung und Bevölkerung verringert und Legitimität erzeugt, weil auch die Wahlverlierer ihre Anliegen einbringen können.

3.2 Rahmen

Neben spezifischen konzeptionellen Überlegungen wurden auch grundlegende Formaldaten, Aspekte zu den Räumlichkeiten sowie eingesetzte Hilfsmittel erfasst und hinsichtlich ihrer Wirkung ausgewertet. Die Bürgerwerkstatt mit dem Titel „Miteinander reden!“ und der inhaltlichen Grundorientierung, welche nach Ansätzen für ein gutes Leben im Jahre 2030 fragt, wird dem Titel wie auch der grundlegenden inhaltlichen Ausrichtung gerecht. Innerhalb des Formates stand umfänglicher Raum zur Verfügung, um individuelle Vorstellungen, kommunale Lagebilder als auch visionäre Ansätze zu formulieren, vorzustellen und zu diskutieren. Die strukturelle Ergebnisoffenheit war demnach gegeben und wurde mit der Einführung einer „freien“ Gruppenrunde ohne jegliche Sachverständige zusätzlich wirksam erhöht.

Gleichzeitig bedeutsam ist die Anzahl der 13 durchgeführten Bürgerwerkstätten, sodass jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt Sachsens erreicht wurde. Da die Landkreise mehrheitlich große Flächenausprägungen aufweisen, ist eine Veranstaltung je Landkreis zwingend notwendig, um zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreichen zu können. Dies belegen gleichsam die überwiegend hohen Teilnehmerzahlen. Auch die Erreichbarkeit in den Städten war insgesamt gegeben. Lediglich der Veranstaltungsort der Auftaktveranstaltung in Freiberg war nur über eine Busverbindung bis 18:55 Uhr zu erreichen. Dunkelheit, wenig Beschilderungen und Schneetreiben kamen erschwerend hinzu. Im weiteren Verlauf der Bürgerwerkstätten nahmen die Qualität und Quantität der Ausschilderung zu, und die Erreichbarkeit der Veranstaltungsorte verbesserte sich. An den Veranstaltungsorten wurden die Räumlichkeiten im Vergleich zum Beginn der Veranstaltungsreihe besser ausgewählt und genutzt. So lagen die Räume auf einer Etage, was kurze Wege und eine bessere Erreichbarkeit der Sanitäreinrichtungen ermöglichte.

Insgesamt erwiesen sich die Schulgebäude als Veranstaltungsorte in mehrfacher Hinsicht als sehr praktisch. Ihre Nutzung sollte beibehalten und wenn möglich ausgebaut werden. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie meist zentral gelegen und über öffentliche Verkehrswege gut erreichbar sind – insbesondere für Schüler. Zusätzlich sendet die Schule als Veranstaltungsort ein Signal an junge Menschen in Hinblick auf Fragen der Zukunftsgestaltung. Auch eine Ausstrahlung über den Kreiselterrat auf weitere Schulen im Landkreis ist denkbar. Begünstigend wirkt sich außerdem aus, dass die Schulen gestalterische Kapazitäten in die Bürgerwerkstätten einbringen können. So stimmte der Schülerchor in Meißen mit einem Auftritt auf den Abend ein und in Dresden ermöglichten Schüler mit einer Gebäudeführung, dass sich Teilnehmende kennenlernen und orientieren konnten.

Überdies förderte die Ausstattung der Klassenräume die Werkstattatmosphäre der Bürgerwerkstätten und bot mit Tafeln oder Flip-Charts Möglichkeiten zur Visualisierung von Gesprächsinhalten an. Zusätzlich konnten auf den beschreibbaren Tischdecken Ideen und Vorstellungen festgehalten werden, was jedoch unterschiedlich stark genutzt wurde. Wenn die Teilnehmenden nahezu alle Ideen und Anregungen äußern können, sehen sie von der Nutzung häufiger ab. Insgesamt sind über die Tischdecken immer wieder Gedanken und Anregungen in den Prozess eingeflossen, die sonst verloren gegangen wären.

Das angebotene Catering bzw. Buffet steigerte die wahrgenommene Wertschätzung seitens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Zusätzlich förderte es eine vertraute und niederschwellige Arbeitsatmosphäre, indem Getränke und Snacks an den Plätzen eingenommen werden konnten. Die Öffnung der Schulen für das Gemeinwesen mit dem Ziel einer bürgernahen Gestaltung der Kommune wurde als konzeptioneller Ansatz bereits angedacht und ist bei den Bürgerwerkstätten insgesamt auf respektvolle und funktionale Art und Weise umgesetzt worden.

3.3 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerwerkstätten gilt insgesamt eine sehr hohe bis hohe Teilnahmebereitschaft. Bei der Mehrzahl der Veranstaltungen wurde nahezu die Gesamtzahl der verfügbaren Plätze in Anspruch genommen. Zu den Bürgerwerkstätten kamen somit zwischen 81 und 100 Bürgerinnen und Bürger. Für die Landeshauptstadt Dresden ergibt sich die höchste Teilnehmerzahl mit 112 Personen. Nur Torgau mit 34 und Meißen mit 33 Bürgerinnen und Bürgern bildeten hier Ausnahmen. Ursache für die geringeren Teilnehmerzahlen können für Torgau einerseits im geringen Vorlauf der Einladungen und andererseits in der niedrigeren Siedlungsdichte Nordsachsens und damit verbundenen, längere Anfahrtszeiten liegen. Eine geringe Teilnehmerzahl aufgrund der Besiedlungsdichte entspricht dabei keinem Mangel am Format, vielmehr kann es als logische Folge

verzeichnet und als eine qualitative Chance für einen intensiven Kleingruppendialog angesehen werden. Obwohl seitens einiger Sachverständiger ein Großteil der Beteiligten bereits bekannt war, ergab sich ein erheblicher Mehrwert anhand der Vernetzung zwischen den Engagierten, welche erstmalig im Rahmen der Bürgerwerkstatt erfolgte. Weiterhin ist die Gleichzeitigkeit zwischen Veranstaltung und Aschermittwoch zu erwähnen. Parallel zur Bürgerwerkstatt in Meißen fand eine Stadtratssitzung statt, welche potenzielle Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingebunden hat. Sofern vorausschaubar und zeitlich möglich, sollten demnach Terminüberschneidungen vermieden werden. Des Weiteren ergaben nicht zu beeinflussende Wetterverhältnisse von über 30° C eine ungünstige Ausgangssituation, hinsichtlich einer hohen erwartbaren Teilnehmerzahl im Landkreis Meißen.

Auf Grundlage der Teilnehmeranzahl sollen erste Empfehlungen und zusammenhängende Rahmenbedingungen aufgezeigt werden. Einladungen und die damit verbundenen Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollten stets mit ausreichendem Vorlauf – möglichst mehrwöchig – erfolgen, da die Teilnehmerzahl damit in einem direkten Zusammenhang steht. In der Beobachtung zeigte sich, dass eine Gruppengröße von bis zu zwanzig Personen für eine hohe inhaltliche, ausgewogene, deliberative und umfassend-wechselseitige Dialog-Qualität förderlich ist und demnach nicht überschritten werden sollte. Aufgrund des Rotationsprinzips der Sachverständigen und der „internen Runde“ zum Abschluss der Veranstaltung wirkt sich die erwartbare Teilnehmergröße somit auf die notwendige Raum- bzw. Gruppenanzahl, damit auf die Rundenanzahl (+1) sowie auf die Anzahl der Sachverständigen aus (vgl. 3.1 „Format der Bürgerwerkstätten“).

Insgesamt wird eine Senkung der Rundenanzahl von „4 (mit Sachverständigen) + 1 (ohne Sachverständigen)“ auf „3 + 1“ Runden angeregt, da teilweise Anstrengungen bei den Beteiligten wahrgenommen werden konnten und so notwendige Konzentrationsleistungen eher gewahrt würden. Zudem könnten die Pausenzeiten vereinheitlicht und auf maximal 10 Minuten verlängert werden. Mit einer geringeren Rundenanzahl könnten auch Schüler bzw. jüngere Teilnehmerinnen und Teilnehmer hinsichtlich der Veranstaltungsdauer stärker berücksichtigt werden: Bei den Bürgerwerkstätten mit einer höheren Beteiligung der Jugendlichen wurde mehrfach ein vorzeitiges Verlassen der Veranstaltung beobachtet.

Auf die Zusammensetzung, Struktur und Diversität der Bürgerschaft wurde zweistufig eingewirkt. Zunächst wurden qua Einladung verschiedene Organisationen, Initiativen, Vereine, Verbände und Stiftungen erreicht. Demnach beteiligten sich überwiegend ehrenamtlich aktive Bürgerinnen und Bürger als organisierte Repräsentanten und Mitglieder mit Themenvorschlägen sowie Diskussions- und Lösungsbeiträgen. Die thematisch-institutionelle und personelle Diversität auf Grundlage öffentlichen Engagements war sehr hoch und beinhaltete unterschiedlichste gesellschaftsrelevante Bereiche, wie die Sport- und Jugendarbeit, den Infrastrukturausbau (Radwege), die Handwerks- und Gewerkschaftsarbeit, den Katastrophenschutz und die Erste Hilfe, den Umwelt- und Naturschutz, die Eltern- und Schularbeit, die Pflege, die (kirchliche) Sozial- und Flüchtlingsarbeit sowie die Arbeit im (Jugend-)Stadtrat.

Die zweite Stufe der zufälligen Tischzuteilung, anhand einer Losziehung ermöglichte zudem eine hohe Diversität innerhalb der einzelnen (Tisch-)Gruppen. Da überwiegend zwei bis drei Mitglieder größerer Organisation vertreten waren und vor allem im ländlichen Raum Beziehungen zwischen Engagierten innerhalb ähnlicher Arbeits- und Themenbereiche bereits in der Ankommensphase erkenntlich wurden, konnte dadurch eine hohe Teilnehmerdiversität in den Gruppen erreicht werden. Damit wurde gleichzeitig eine fruchtbare Grundlage zur Vernetzungsaktivität in den Gruppen geschaffen und auch mehrfach wahrgenommen. Ein Beispiel hierfür stellt die gegenseitige Vernetzung zwischen „BUND“ und Jugendstadtrat dar. Hier wurden Kontaktdaten und Interesse zur gemeinsamen Projektarbeit, über unterschiedliche Alterskohorten hinweg, würdigend und auf Augenhöhe ausgetauscht.

Einerseits wurden über die Landkreise hinweg ähnliche Themen diskutiert (vgl. 3.6 „Gesprächsinhalte“), andererseits brachte die organisierte und engagierte Bürgerschaft in der jeweiligen Region auch je unterschiedliche Aspekte und Schwerpunkte ein. Darüber hinaus wurden Themen durch die Sachverständigen, mindestens implizit, vorstrukturiert (vgl. 3.5 „Sachverständige“) sowie von institutionell übergreifend aktiven Personen in der Breite eingebracht. Teilweise nahmen Bürgerinnen und Bürger auch als privat engagierte und nicht organisierte Einzelpersonen teil. Da jene ebenfalls sehr bedeutsame Arbeit leisten, beispielsweise als Fahrhilfen und Unterstützungen für marginalisierte Personengruppen, bilden auch sie als „Bürgerexperten“ eine potenzielle Bereicherung für die Bürgerwerkstätten. Diese Personengruppe wurde am wenigsten erreicht und war damit klar unterrepräsentiert, sodass sie im Hinblick auf eine breite Teilnehmerrekrutierung und -diversität ebenfalls in den

Fokus genommen werden sollte. Der jeweilige Landkreis mit der Verwaltungsbehörde und dem Landrat nimmt hierfür eine Schlüsselrolle ein. Innerhalb der gesamten (bürgernahen) Kreisverwaltung und unter Einbeziehung aller Verwaltungsebenen, ist eine umfassende und breite Erreichbarkeit potenzieller Teilnehmerinnen und Teilnehmer denkbar. So könnten beispielsweise Ehrenamtsbeauftragte, Koordinierungskräfte der Asylbehörden, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Beauftragte zur Extremismus-Prävention oder Behindertenbeauftragte und weitere Abteilungen über die Leitungsebene einbezogen werden. Als Informations- und Kommunikationsschnittstelle zwischen Land und potenziellen Einladungen bedarf es somit einer intensiven Kontaktpflege und eines Beziehungsmanagements zwischen Land und Landkreis. Im Hinblick auf notwendiges Vertrauen, Verständnis, mögliche Zuarbeiten und Unterstützungsleistungen, sollte ein reger Austausch im Werben für Bürgerbeteiligung und somit für die Bürgerwerkstätten, zwischen Land und Kreisverwaltung gepflegt werden. Dies könnte neben den Landräten anschließend über zuständige Bürgerbeteiligungsbeauftragte als erste Ansprechpartner dauerhaft institutionalisiert werden. Zusätzlich könnten so Folgeveranstaltungen im Vorhinein angeregt werden, welche im Verantwortungsbereich der Landkreise liegen und in denen ein thematischer Fokus tiefgreifender bearbeitet werden könnte. Solche Folgeveranstaltungen könnten somit konkreter, verbindlicher und klarer innerhalb der Bürgerwerkstätten kommuniziert werden und böten damit eine erhebliche Steigerung der Nachhaltigkeit der Bürgerwerkstätten.

Aus der hohen thematisch-institutionellen Diversität ergibt sich jedoch keine gleichzeitig hohe Kontroversität. Überwiegend stehen ähnliche Probleme und Perspektiven im Vordergrund, was u.a. auf die gemeinsame Grundlage des Handelns und Erfahrens im bürgerschaftlichen Engagement zurückzuführen ist. Leicht kontroverse Situationen entstanden vereinzelt an den Berührungspunkten der inhaltlichen Arbeit. In den Gruppen mit einem höheren Anteil der unter 20-Jährigen und der über 40-Jährigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer – dies war in Chemnitz sowie im Landkreis Meißen gegeben – zeigten sich vereinzelt kontroverse Sichtweisen zwischen den beiden Alterskohorten, die auf einen (latenten) Generationenkonflikt hindeuten könnten.

Die Altersstruktur wurde nach vier Bereichen (unter 20 Jahre; 20 bis 40 Jahre; 40 bis 60 Jahre und über 60 Jahre) erfasst und basiert auf Schätzungen der Beobachter zu den fünf erfassten Bürgerwerkstätten. Möglichen Abweichungen bei mehreren Beobachtern innerhalb einer Veranstaltung wurde durch Mittelwertbildung Rechnung getragen. Insgesamt ist die Bürgerschaft in den Bereichen unter 20 Jahren und unter 40 Jahren am wenigsten vertreten. Die kreisfreien Städte Dresden und Chemnitz weisen dabei die höchsten Zahlen bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zwischen 20 bis 40 Jahren auf (25 % und 30 % der jeweiligen Veranstaltungsteilnehmer), dennoch liegt die Mehrheit im Alter von über 40 Jahren. Auch für den Landkreis Meißen mit einer hohen Anzahl der unter 20-Jährigen von 24 %, liegt die Mehrheit bei den über 40- bzw. 60-Jährigen. Die Bürgerschaft von über 60 Jahren ist im ländlichen Raum mehrheitlich vertreten und verzeichnete im Landkreis Bautzen den größten Anteil von 44 % innerhalb der Bürgerwerkstatt. Weiterhin weisen die ländlichen Räume im Landkreis Nordachsen, Landkreis Meißen und Bautzen den jeweils geringsten Anteil an Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Alter zwischen 20 und 40 Jahren auf. Die gleichmäßigste Verteilung nach dem Alter ergab sich für Chemnitz, indem die Alterskohorten zwischen 20 bis 40, zwischen 40 bis 60 und über 60 Jahren mit ca. 30 % ähnlich verteilt waren. Lediglich die Gruppe der unter 20-Jährigen ist mit 7 % unterrepräsentiert. So kam man in Chemnitz dem Idealtypus einer 25 % Verteilung auf alle vier Altersbereiche am nächsten. Insgesamt variieren die Teilnehmerzahlen zwischen einer und acht Personen bei den unter 20-Jährigen. Im darauffolgenden Bereich von 20 bis 40 Jahren variieren die relativen Teilnehmerzahlen zwischen 12 % und 30 % der Beteiligten. Die Alterskohorten zwischen 40 und 60 Jahren sind insgesamt am deutlichsten ausgeprägt und ergeben Teilnehmerzahlen zwischen 29 % und 59 % des jeweiligen Werkstattabends. Die über 60-Jährigen Bürgerinnen und Bürger sind insgesamt zwischen 12 % und 44 % vertreten und fallen für Dresden und den Landkreis Meißen mit 19 % und 12 % am geringsten aus, welches durch die dort sehr ausgeprägte Anzahl der 40 bis 60-Jährigen kompensiert wird. Bezüglich zukünftiger Formatdurchführungen gilt es ein gleichmäßigeres Verhältnis zwischen den Alterskohorten anzustreben, indem die unter 20-Jährigen noch stärker im Aktivierungs- und Einladungsprozess angesprochen und eingebunden werden sollten.

Ein ausgewogenes Verhältnis bezüglich des Anteils von Frauen und Männern kann bedingt attestiert werden. Insgesamt liegt das durchschnittliche Geschlechterverhältnis über die erfassten Landkreise und kreisfreien Städte hinweg, bei 43 % Frauen und 57 % Männern, die teilgenommen haben. Noch deutlicher als bei der Altersstruktur sind hier Unterschiede zwischen den Landkreisen und dem städtischen Raum mit den kreisfreien Städten beobachtet worden. Während Chemnitz dem angegebenen Durchschnitt entspricht und Dresden mit einem Verhältnis von 47 % Frauen und 53 % Männern einer

Angleichung zwischen den Geschlechtern am nächsten kommt, ergibt sich für die Landkreise insgesamt ein Frauenanteil von 40 % zu einem Männeranteil von 60 %.

3.4 Moderation

Im Plenum wurden bereits die Zielsetzung des Abends und der vorgesehene Ablauf vorgestellt. Beim Übergang in die Gesprächsrunden erläuterten die Moderatorinnen und Moderatoren nochmals, dass ein möglichst breiter Austausch angestrebt wird, dass keine Themen vorgegeben sind, sondern diese von den Teilnehmenden gesetzt werden können und sollen – als Expertinnen und Experten ihrer Themengebiete auf lokaler und regionaler Ebene. Daneben sollte die Moderation dazu einladen, die zur Verfügung stehenden Hilfsmittel, wie beschreibbare Tischdecken oder „Wunschkarten“, zu nutzen. Nur vereinzelt wurden die anwesenden Beobachter als solche in der Tischrunde eingeführt.

Ausgleich und Vermittlung

Hauptaufgabe der Moderatorinnen und Moderatoren war es, das Gespräch moderat zu lenken und zwischen den „Bürgerexperten“ zu vermitteln. Diese Rolle klärte sich mit den ersten Veranstaltungen: Anfangs lautete der Auftrag für die Moderation, nicht zu steuern und im Wesentlichen die Diskussion zu protokollieren. Es zeigte sich jedoch als notwendig, zwischen den Wortbeiträgen auszugleichen, Monologe „einzufangen“ oder thematische Vertiefungen, die nur einige Wenige einbezogen, wieder zu öffnen. Manche Teilnehmende kamen mit einer besonderen Mission, einem langjährig verfolgten Anliegen - hier war Fingerspitzengefühl gefragt, um dem Mitteilungsbedürfnis einerseits Raum zu geben, andererseits die anderen Teilnehmenden nicht zu kurz kommen zu lassen. Das Diskussionsverhalten der geladenen Sachverständigen war überwiegend konstruktiv, informations- und dialogorientiert. In einigen Fällen war es nötig, allzu ausführliche Antworten einzugrenzen oder auch das gewählte Format gegen (destruktive) Kritik zu verteidigen. Zwar war es das Ziel, die Teilnehmenden durch eine einladende Gesprächsführung zu aktivieren, doch war die freiwillige Beteiligung oberstes Prinzip: Um keine Assoziationen zum Schulalltag aufkommen zu lassen, wurden aus diesem Grund die anwesenden, teils „schüchternen“ Schüler nicht explizit aufgefordert.

Neben den üblichen Aufgaben einer Moderation - wie die Reihenfolge der Wortbeiträge durch eine Redeliste zu sichern - bestanden die größten Herausforderungen darin, a) das Gespräch unter- und miteinander zu fördern und dem Charakter einer Bürgersprechstunde entgegen zu wirken und damit b) die Länge von Wortbeiträgen zu regulieren. Die Erfahrungen deuten an, dass das Sammeln von Redebeiträgen eher förderlich war, um das Gespräch untereinander in Gang zu bringen - ging der/die Sachverständige dagegen auf jeden einzelnen Beitrag direkt ein, verstärkte dies den Charakter einer Bürgersprechstunde. Ein weiterer Faktor, der über den Verlauf mitentschied, waren Souveränität, Rollen- und Selbstbewusstsein der Moderatorinnen und Moderatoren. Unterschiedliche persönliche Stile kamen dabei zum Tragen, wobei der goldene Mittelweg in der Balance von Durchsetzungsstärke und Empathie zu bestehen scheint.

Offenheit, Analyse und Vision – vom „Ist“- zum „Soll“-Zustand

Der Spannungsbogen der Diskussionen bewegte sich zwischen „Ist“ (2019) - und „Soll“-Zustand (2030). Für viele Anwesende bot der Abend zunächst eine Möglichkeit, ihre Sicht auf aktuelle Problemlagen und ihre Erfahrungen mitzuteilen. Gespräche über den Status quo, über Missstände in gesellschaftlichen Bereichen, nahmen daher entsprechend Raum ein. Aufgabe der Moderation war es, daneben auf die Zukunftsperspektive 2030 hin zu orientieren. Auch Teilnehmende unterstützten die Moderation in dieser Lenkungsfunktion, indem sie ebenfalls das Denken über die Zukunft anregten. Je nach Zusammensetzung verliefen die Diskussionen teils eher lösungsorientiert, teils eher assoziativ. Die Offenheit zu beiden Polen war wichtig, um das Hervorbringen neuer Aspekte zu unterstützen - auch im Sinne der Wahrnehmung und des „Gehört-werdens“.

Sicherung des Gesamtablaufs und Zusammenführung der Ergebnisse

Insgesamt herrschte in den Gesprächsrunden eine interessierte und konstruktive, mitunter kritisch-kontroverse Stimmung. Äußerst selten musste als letzte Instanz auf einen möglichen Tischverweis hingewiesen werden, wenn von einzelnen Teilnehmendem fortlaufend gegen Regeln verstoßen wurde. Herausfordernd war in seltenen Fällen der Umgang mit destruktiven Argumentationen oder der unvorhergesehenen Co-Moderation durch Mitglieder des Expertengremiums (Rollendiffusion).

In der Dynamik des Abends rückte eine systematische Pausengestaltung teils in den Hintergrund; in den Pausen stattfindende, rege Gespräche deuten darauf hin, dass diese dem Ziel der Vernetzung bereits zuträglich waren. Im Interesse der Gesamtdiskussion empfiehlt sich dennoch zukünftig eine klarere An- und Abmoderation der Pausen. Einfache Elemente wie die Sitzposition der Moderation oder akustische Hilfsmittel können deren Rolle insgesamt positiv verstärken.

Die Gestaltung der Übergänge zwischen den Gesprächsrunden verlief dementsprechend heterogen; ursprünglich war geplant, systematisch an das vorausgegangene Gespräch anzuknüpfen, doch hatten die neuen Runden oft eher den Charakter eines „Neustarts“, durch den besonderen Fokus, die Expertise und Präsenz des/der jeweiligen Sachverständigen.

Dennoch gelang es insbesondere nach der Umstellung auf eine „freie“ letzte Runde, die besprochenen Inhalte zu sichten, zu integrieren und gemeinsam Prioritäten zu setzen. Interessant war zu beobachten, dass sich in der relativ kurzen Zeitspanne von zwei Stunden - durch die Kontinuität von Moderation und Teilnehmenden innerhalb der Runde - oft bereits ein „Gruppenbewusstsein“ herausgebildet hatte. In den meisten Fällen förderte dies die Produktivität, in einigen wenigen wurden die Runden als zäh empfunden. Idealerweise sollte die Moderation in jeder Runde zusammenfassen, ordnen und bündeln; spätestens in der letzten sollte jedoch Raum sein für das Abstrahieren und Verschlagworten, um den gemeinsamen Lernprozess sichtbar zu machen. Die oft gegebene Ausstattung (Schultafeln, Flipchart etc.) bot hierzu einen idealen Rahmen.

3.5 Sachverständige

Die Sachverständigen werden im Format als Personen mit Fachwissen in spezialisierten Bereichen verstanden, die den engagierten „Bürgerexperten“ bei der Ideenfindung und Projektskizzierung zur Seite stehen sollen. Die Informationen über Prozesse und Hintergründe, die von den Sachverständigen eingebracht wurden, dienten der Herausbildung einer gemeinsamen Wissensbasis und verhin- derten häufig, dass die Diskussionen zu Vorschlägen führten, die praktisch nicht umsetzbar waren.

Jedoch zeigte sich auch schnell, dass sich die Anliegen mancher Teilnehmenden oft darauf richteten, dass der Sachverständige in seinem Verantwortungsbereich tätig werden solle. Dadurch nahmen manche Diskussionsrunden den Charakter von Bürgersprechstunden an. Statt der Ratgeberrolle stand die Verantwortungsträgerrolle im Mittelpunkt. Auch wenn kein Thema vorgegeben werden sollte, so strukturierte der Verantwortungsbereich des Sachverständigen die Inhalte der Diskussion vor. Worum es in der Bürgerwerkstatt geht, hängt folglich stark davon ab, welcher Sachverständige zugegen ist. Besonders auffällig wurde dieser Zusammenhang bei den Vertretern der Polizei, aber auch im Bereich Gesundheitswesen und Bau. Diese Rollendiffusion wurde besonders dann dysfunktional, wenn die Sachverständigen die Übernahme von Verantwortlichkeiten verweigerten. In diesem Falle verloren ihre Ratschläge die Lösungsorientierung und dienten dazu, Vorschläge abzuwehren. Dies wirkte sich auf das Gefühl der „Bürgerexperten“ aus, mit ihren Anliegen ernst genommen zu werden. Hingegen konnte es als vorteilhaft beobachtet werden, wenn der Sachverständige eine Kommunikation „auf Augenhöhe“ pflegte.

Im Zuge des Rotationsprinzips sollten alle Sachverständigen jeden Gesprächsraum einmal besuchen, sodass alle Themen den richtigen Adressaten finden konnten. Eine vollständige Rotation der Personen ist nicht nötig, wenn die Sachgebiete der Sachverständigen untereinander Redundanzen aufweisen. Auf diese Weise lässt sich die Anzahl der Gruppen (Räume) und somit der „Bürgerexperten“ erhöhen, ohne dass die Anzahl der Runden übermäßig ausgedehnt werden müsste. Gar bei einer Reduktion der Rundenzahl, kann so die Anzahl der Teilnehmenden erhöht werden.

Bei der Auswahl der Sachverständigen trat ein Konflikt zwischen zwei leitenden Zielen der Bürgerwerkstatt hervor. Dass einige Sachverständige einer hohen Hierarchieebene entstammten, trug zur Glaubwürdigkeit des Kommunikationsprozesses bei, unterstrich dessen Relevanz und stärkte das Gefühl der Teilnehmenden mit ihren Anliegen Gehör zu finden. Jedoch diene dies nicht immer auch dem Ziel, die konkreten Probleme auf der Verwaltungsebene zu lösen. Hierfür wäre es nach Aussage einiger „Bürgerexperten“ wichtiger gewesen, mit den Sachbearbeitern reden zu können.

3.6 Gesprächsinhalte

Die Bürgerwerkstätten boten Raum für die Erörterung regionaler und kommunaler Probleme sowie möglicher Lösungsansätze. Anhand meist sehr konkreter, anschaulicher Beispiele verständigten sich die Teilnehmenden, untereinander und im Austausch mit den Sachverständigen, über die aktuellen Herausforderungen. Durch die gemischte Altersstruktur und unterschiedliche Engagement- und Arbeitskontexte kamen vielfältige, das Zusammenleben betreffende Aspekte zur Sprache:

Häufige, wiederkehrende Themen waren die Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts oder der Infrastruktur (ÖPNV und ländliche Mobilität, medizinische Versorgung), der wirtschaftliche Strukturwandel und die Sicherung oder Gewinnung von Fachkräften. Desweiteren wurden Erfordernisse für ein menschenwürdiges Leben im Alter und Perspektiven der Pflege in Stadt und Land beraten. Anwesende Schüler, Sozialarbeiter und Mitarbeiter von Behörden wiesen auf die Drogenproblematik (insb. Crystal Meth) bei Teilen der Jugend hin und forderten ein entschlossenes, abgestimmtes Handeln. Ebenfalls mit Blick auf die Lebensqualität von Jugendlichen und Auszubildenden wurden verbesserte Mobilitätsangebote, (politische) Beteiligungsmöglichkeiten und die Aufwertung der Regionen durch die Ansiedlung von Bildungs- und Forschungsinstitutionen bzw. deren bessere Verzahnung mit dem Umfeld gefordert. Die Integration von Geflüchteten und Migranten in Gesellschaft und Arbeitsmarkt war ein weiteres wichtiges Thema für die Ortsansässigen, wobei sie einer zügigen Antragsbearbeitung und Asylentscheidung sowie dem Spracherwerb besondere Bedeutung zumaßen.

Etliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer sahen die Entwicklung des gesellschaftlichen Klimas mit Sorge – diese äußert sich für sie im mangelnden Respekt und auch Gewaltbereitschaft gegenüber bestimmten Berufsgruppen, z.B. der Polizei oder Lehrerschaft. Einschränkungen des öffentlichen Lebens wurden insofern wahrgenommen, als der Sicherheitsaufwand bei Veranstaltungen erkennbar zugenommen hat. Dies bringt für die oft ehrenamtlichen Kräfte einen großen, teils nicht leistbaren Mehraufwand mit sich. Andernorts gibt es nicht genügend soziale Treffpunkte, z.B. für Jugendliche oder alte Menschen, oder gehen diese verloren. Entsprechend wurden Wünsche nach sozialen Orten und mehr Gemeinschaftsleben geäußert. Es wurde ferner nach Wegen gefragt, um Menschen vom Rand der Gesellschaft wieder in diese herein zu holen. Zudem klangen Generationenkonflikte an, wenn sich junge Teilnehmende von der älteren Bürgerschaft mehr Wahrnehmung, Offenheit und Unterstützung erhofften. Als gesellschaftlichen Trend sehen viele Teilnehmer eine zunehmende Ich-Bezogenheit der Menschen, wodurch die Gewinnung neuer Kräfte für das Engagement erschwert sei. Besonders die Jugendgewinnung wurde als Herausforderung gesehen. Als Stellschrauben für eine Förderung des Engagements nannten sie folgende Punkte:

Generell wurde mehr Unterstützung von Seiten der Arbeitgeber gefordert (z.B. Freistellungen, Bildungsurlaub), um die Vereinbarkeit für ehrenamtlich aktive Berufstätige zu verbessern. Von staatlicher Seite sollten Bürokratie insbesondere in der Vereinsarbeit abgebaut, Beratung und praktische Unterstützung hingegen ausgebaut werden. Gesellschaftliche Anerkennung könnte sich ausdrücken durch die Aufwertung von Ehrenamtspässen oder die Anrechnung jahrelangen Engagements auf die Rente. Während viele der Anwesenden solcherart Unterstützung für das Engagement wünschten, forderten vereinzelt andere, „Personal statt Ehrenamt“ einzusetzen bzw. zu schaffen. Der *Bedarf* an den zu erledigenden Aufgaben ist groß und akut, z.B. in der Verkehrswacht, dem Katastrophenschutz, Feuerwehr etc.

Bei den einzelnen Bürgerwerkstätten wurden im gegenseitigen Austausch Gemeinsamkeiten und Schnittmengen erkannt. Obwohl sich auf Ebene der Landkreise viele Engagierte schon kennen, so kam es doch zu neuen Kontakten und Schulterschlüssen. Daraus erwuchs der Wunsch, einen solchen Diskussionsprozess zu verstetigen. Dies könnte auch ein Schritt sein, um die vielfach geforderte, bessere Kommunikation zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung zu erreichen – wozu auch kontinuierliche Ansprechpartner in Behörden beitragen.

Ein wichtiges Thema war, neben den Problemen das Erreichte nicht zu übersehen, vielmehr dieses angemessen zu würdigen. Das Erreichte bezieht sich sowohl auf infrastrukturelle Verbesserungen in den Jahren seit der Wiedervereinigung als auch die persönlichen Lebensleistungen der Menschen. Und schließlich unterstrichen die Teilnehmer nicht nur die aktuellen Herausforderungen ländlicher Räume, sondern auch deren (wirtschaftliche) Bedeutung und Wert für die Gesellschaft insgesamt – auch und gerade mit Blick auf das Jahr 2030.

4. Teilnehmerumfrage

Vom 01. Februar 2019 bis zum 21. Juni 2019 fand parallel zu den Bürgerwerkstätten eine Onlinebefragung der Teilnehmenden über die Online-Plattform Limesurvey statt. Alle Personen, die an einer Bürgerwerkstatt teilgenommen hatten, erhielten dazu im Nachgang einen Link zur Befragung per E-Mail. Es handelt sich also um eine Vollerhebung aller Teilnehmenden, wobei diese selbst auswählen konnten, ob sie mitmachen wollten. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass die Meinungen derer, die die zusätzliche Anstrengung auf sich nahmen, die Befragung auszufüllen, sowohl besonders positiv als auch besonders kritisch sein konnte und somit das Meinungsbild der Umfrage leichte Verzerrungen gegenüber dem tatsächlichen Meinungsbild aller Teilnehmenden beinhaltet.

Die Teilnehmerbefragung diente drei Zielen: Erstens ging es darum, die Zufriedenheit mit einzelnen Aspekten des Veranstaltungsformats zu erfassen. Zweitens wurden Informationen zur Lage des Ehrenamts in der Region erfasst. Drittens befragten wir die Teilnehmenden der Umfrage abschließend nach einigen wenigen persönlichen Merkmalen, um die Teilnehmerstruktur besser zu erfassen und die Antworten genauer einordnen zu können.

Der Fragebogen umfasste insgesamt 18 Fragen. Er wurde bis zum 11. Juni 2019 (Stand des Auswertungsberichts) von 311 Personen ausgefüllt, 19 Fragebögen waren unvollständig und wurden aus der Auswertung herausgenommen. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit betrug 12-18 Minuten. Die Befunde der Umfrage wurden mit dem Statistik-Tool der Software Limesurvey und dem Programm SPSS ausgewertet. Die offenen Fragen, welche meist nur wenige Sätze enthielten, wurden mit der Software MAXQDA qualitativ inhaltsanalytisch ausgewertet und zusammengefasst.

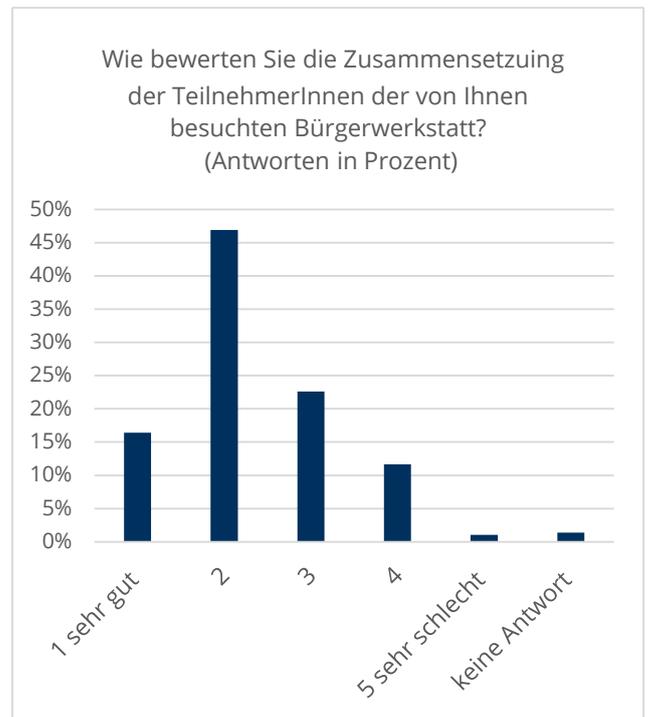
4.1 Zufriedenheit mit dem Format



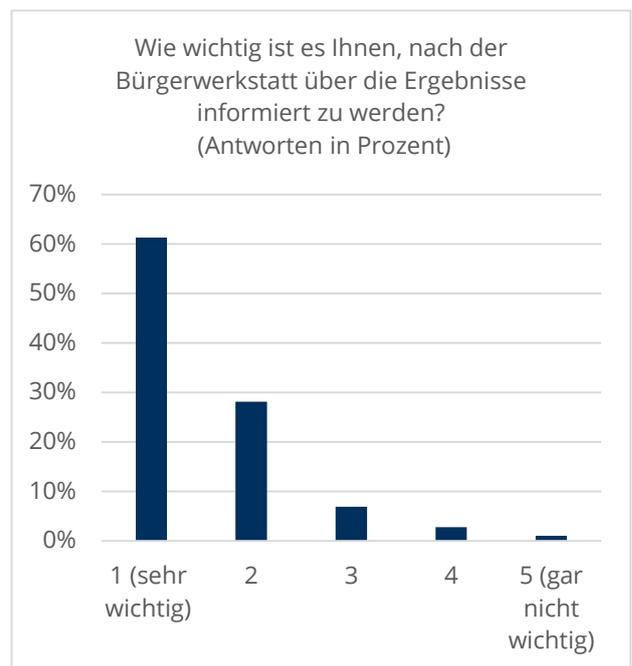
Mit der von ihnen besuchten Veranstaltung zeigten sich die meisten Befragten durchaus zufrieden. Über 63 % bewerteten ihre Bürgerwerkstatt als sehr gut oder gut, weniger als 3 % gaben an, sie als sehr schlecht empfunden zu haben. Auffällig ist die Tatsache, dass, obwohl es sich um gesellschaftlich Aktive handelt, 66 % der Befragten angaben, bisher noch nie an einem solchen Gesprächsformat teilgenommen zu haben, 29 % hatten nur 1- bis 3-mal an einem ähnlichen Format mitgewirkt. Damit wurde das Ziel, Menschen zuzuhören, die bisher noch kein Gehör gefunden hatten, gut umgesetzt.

Neben der generellen Zufriedenheit mit dem Format, wurden verschiedene Einzelaspekte abgefragt. Die Atmosphäre am eigenen Tisch erhielt sehr gute Bewertungen – 39 % wählten die höchste Antwortkategorie und niemand die niedrigste. Die Anwesenheit von Sachverständigen aus Politik und Verwaltung erhielt ebenfalls kaum negative Beurteilungen, fast 78 % fanden dies sehr gut oder gut.

Bei anderen Punkten zeigte man sich kritischer. Die Zusammensetzung der Teilnehmenden wurde zwar von über 16 % als sehr gut wahrgenommen, aber von etwa doppelt so vielen (33,9 %) als nur mittelmäßig bis schlecht.



Noch negativer äußerten sich die Teilnehmenden in Bezug auf die Lösung von Problemen. Die meisten Befragten bewerteten diesen Aspekt nur als mittelmäßig, gut ein Viertel auch als schlecht oder sehr schlecht. Dies ist problematisch, weil ein zentrales Ziel darin bestand, Lösungsvorschläge für lokale Probleme aus den Bürgerwerkstätten heraus zu entwickeln.



Gleichwohl ist es über 60 % der Befragten sehr wichtig, über die Ergebnisse der Bürgerwerkstatt informiert zu werden. Dies lässt darauf schließen, dass es durchaus ein großes Interesse an Lösungen und Ergebnissen durch das Dialogformat gibt, aber womöglich bei vielen nicht alle geweckten Hoffnungen erfüllt werden konnten. Eine geeignete Kommunikationsstrategie für den Umgang mit solchen Erwartungen scheint daher nötig. Die geplanten Anschlusstreffen, zu denen sich die Teilnehmenden eintragen konnten, sind daher von hoher Bedeutung. Davon zeugt auch, dass viele „Bürger-

experten“, die an der Befragung teilgenommen haben, einen deutlichen Bedarf für weitere Dialogveranstaltungen in ihrer Region sehen: 72,8 % halten ihn für sehr hoch oder hoch, nur 5,5 % für sehr gering.

Zwei Fragen der Teilnehmerbefragung gaben den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, frei ihre Kritik zu formulieren (Was hat Ihnen während der Veranstaltung gefehlt? Was sollte bei zukünftigen Veranstaltungen anders gemacht werden?). 80 % der Umfrageteilnehmer nutzen diese Möglichkeit.

Hinsichtlich fehlender Aspekte sagten die Befragten aus, dass sie sich mehr Struktur, mehr Zeit und in wenigen Fällen bessere räumliche Rahmenbedingungen gewünscht hätten. Auch hier zeigte sich die Kritik an der fehlenden Lösungsorientierung. So äußerten „Bürgerexperten“ zum Beispiel „Die meisten Teilnehmer blieben im ‚Jetzt‘ hängen“. Ein anderer schrieb „man konnte seine Probleme anbringen und seinen Frust loswerden, mehr aber auch nicht“. „Eine mehr lösungsorientierte Diskussion (gemeinsamer Diskurs) wäre wünschenswert; oftmals wurde nur ein Problem geschildert, eventuell hat der jeweilige Sachverständige darauf etwas erwidert und anschließend wurde das nächste Problem angesprochen“.

An den Sachverständigen wurde bei dieser Frage ebenfalls Kritik laut, so zum Beispiel „Bei den Tischgesprächen war von den Verantwortlichen eher zu hören was nicht geht. Damit lassen sich keine Visionen entwickeln“. Häufig kam bei dieser Frage auch der Wunsch nach mehr oder anderen Gesprächspartnern, wobei häufig genannt wurde, dass mehr landespolitische Vertreter und mehr Jugendliche gewünscht waren.

Neben dem Wunsch nach Lösungen war auch das Ernstnehmen der Bürgerinnen und Bürger immer wieder Thema der freien Kommentare, so z.B. „Vertrauen aufbauen heißt, im ständigen Dialog bleiben, auch und gerade nach den Wahlen im normalen Alltag. Schaut den Menschen wieder mehr "aufs Maul", wenn ehrliche Standpunkte gefragt sind“.

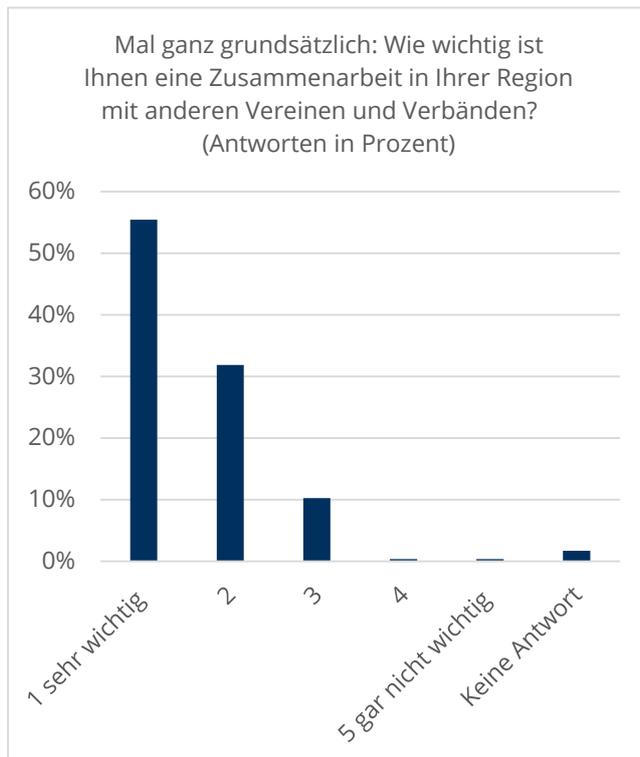
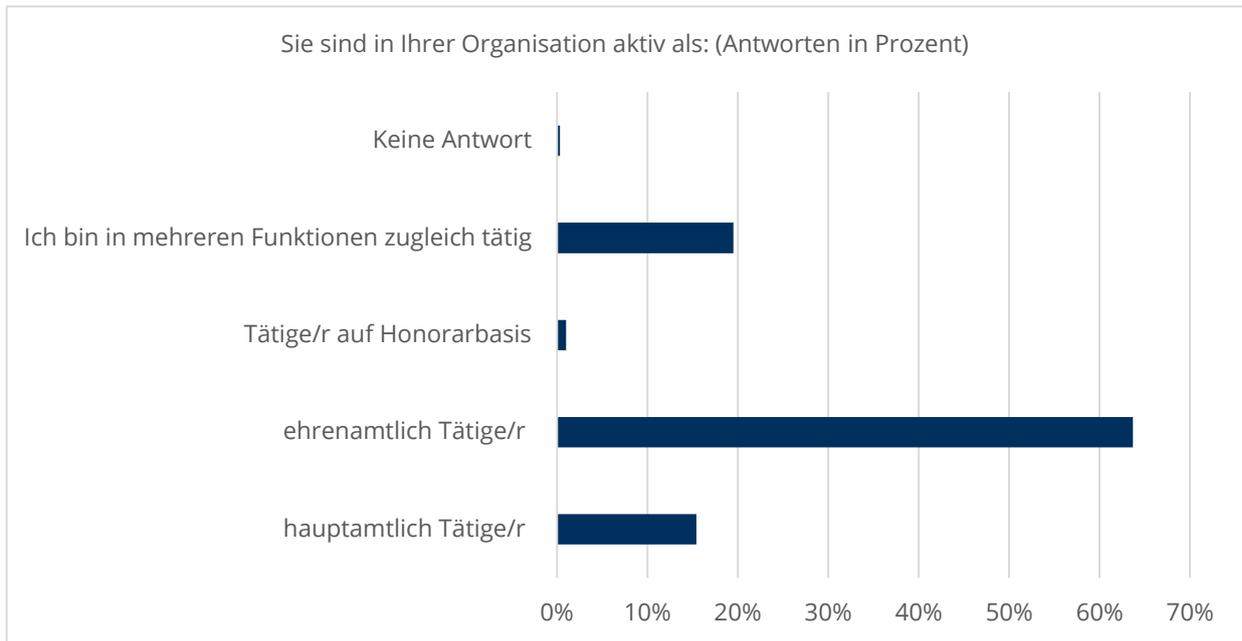
Als weiteren Punkt enthielt die Frage nach fehlenden Aspekten Kritik am Veranstalter Staatskanzlei und der fehlenden Transparenz hinsichtlich der Ziele der Veranstaltung, des Ablaufs sowie des Fortgangs der Ereignisse. So äußerte ein Befragter beispielsweise „Ich hatte vor der Veranstaltung keine richtige Erwartung, was thematisch dort besprochen werden kann/soll und wie mit den Themen im Nachhinein umgegangen wird (das weiß ich jetzt auch noch nicht)“. Ein anderer: „Mich hat irritiert, dass der Ministerpräsident einlädt aber selbst nicht vor Ort war“. Oder auch: „Mir hat eine gewisse Verbindlichkeit im Hinblick auf den Fortgang der Gespräche gefehlt, wie geht es genau nach der Bürgerwerkstatt weiter, wird das Format weitergeführt, was passiert mit den Inhalten, wer wertet die Gespräche aus, welche Schlüsse sollen daraus gezogen werden?“.

Neben der Kritik kamen jedoch auch konstruktive Vorschläge von den Befragten, so zum Beispiel: „Die teilnehmenden Bürger_innen setzen sich an den für sie interessantesten Thementisch. Die Gesprächsleitung stellt Wünsche, Forderungen, Fragen aus Runde 2 vor und bittet den "Funktionssachverständigen" um Stellungnahme. Die Bürger_innen erhalten die Chance, wiederum auf diese Stellungnahme zu reagieren. Entstehende Diskussionen sollten von der Gesprächsleitung moderiert werden, damit alle die Chance auf Beteiligung erhalten. Bürger_innen dürfen jederzeit den (Themen-)Tische wechseln. An freie Tische können sich Bürger_innen begeben, wenn sie eine Pause machen wollen oder einen eigenen (neuen) Themen-Gesprächskreis initiieren wollen“. Ein weiterer schlug vor: „Vernetzung der Teilnehmenden (wichtiges Anliegen) sollte mit eigenen Moderationsmethoden gefördert werden“.

Auch Lob wurde in den offenen Fragen formuliert, wenngleich seltener als die kritischen Aspekte. So schrieb ein Teilnehmender „Format generell geeignet, Echokammern & Filterblasen zu perforieren. Verfahren sicher gut geeignet in kleineren lokalen oder geografischen Zusammenhängen, da dort häufiger überschaubare örtliche Problemlagen“ oder ein anderer „Das Losverfahren zur Tisch-Auswahl sorgte für eine "bunte Mischung" von Menschen und Meinungen, das hat seine Vorteile. Man erhält Informationen, die einem selbst so bisher kaum bekannt waren, der eigene Horizont wird erweitert“.

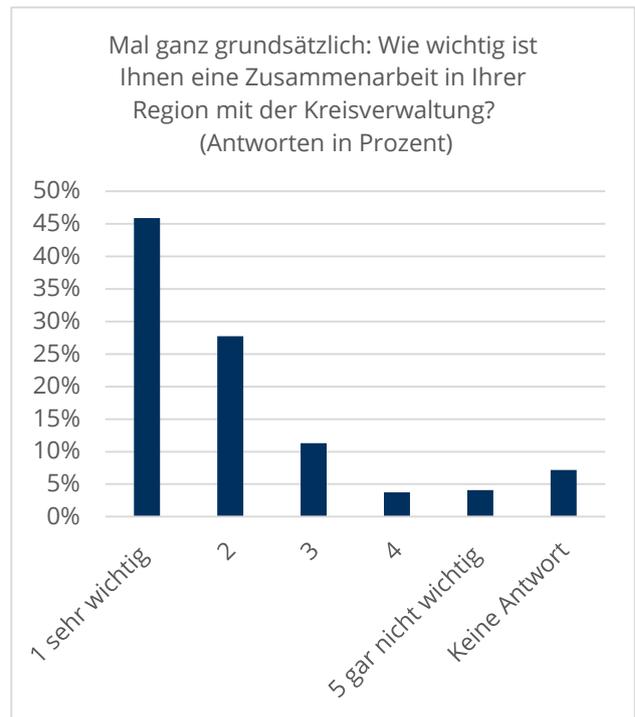
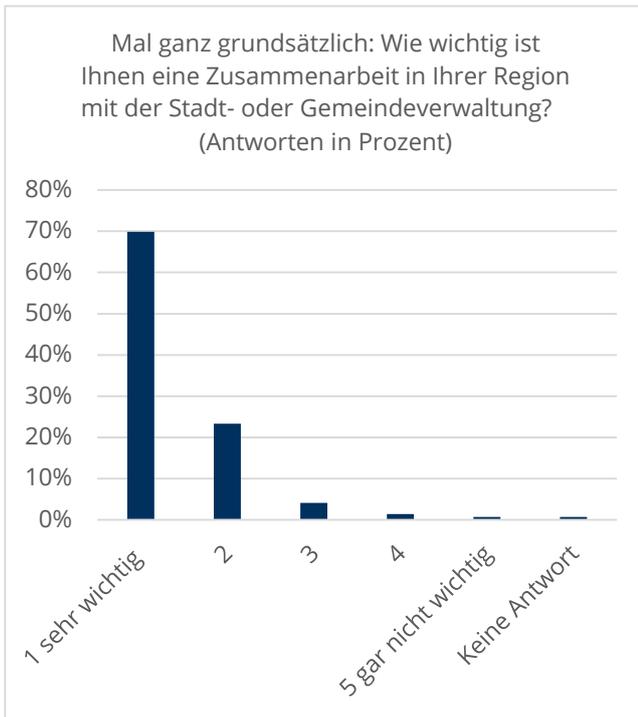
4.2 Lage des Ehrenamts in Sachsen

Der zweite Teil der Befragung bezog sich auf die Stellung und persönliche Wahrnehmung des Ehrenamtes. Ehrenamtlich Tätige waren mit ungefähr zwei Dritteln der Teilnehmer auch die mit Abstand größte Gruppe bei der Bürgerwerkstatt, gefolgt von Menschen, die gleich mehrere Funktionen ausüben.

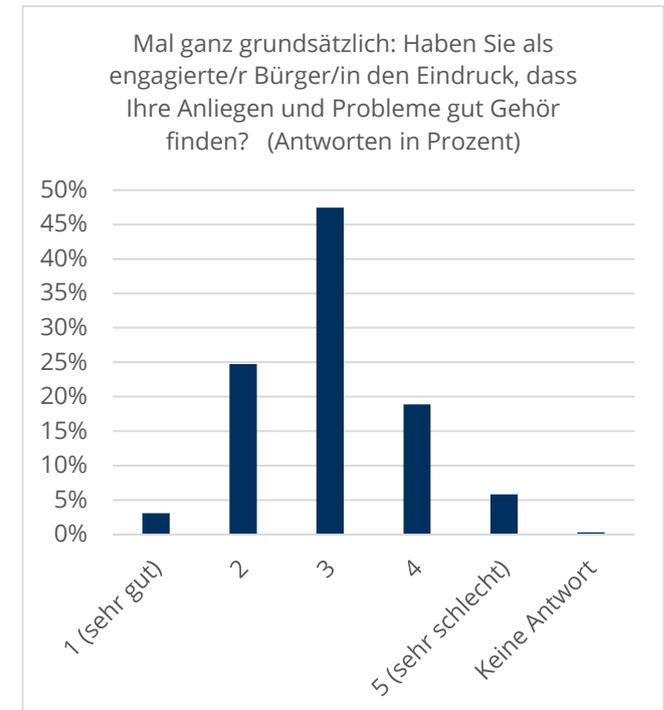
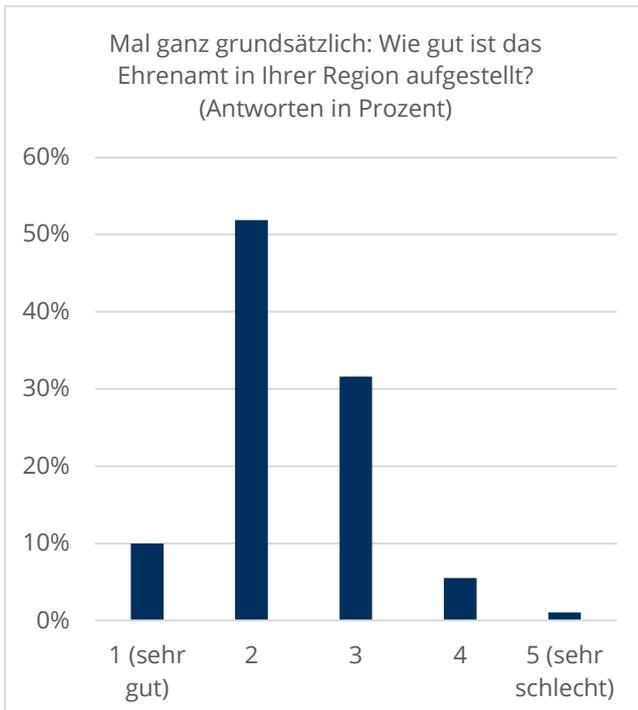


Eine zentrale Rolle spielt dabei die Vernetzung in verschiedene Richtungen. Überaus wichtig ist für die Ehrenamtlichen der Veranstaltung offenbar der Kontakt zu anderen Vereinen (55,6 % gaben an, er sei sehr wichtig), aber auch zu den politischen Institutionen und der Verwaltung. 70,2 % messen dem Kontakt zur Stadt- oder Gemeindeverwaltung eine sehr hohe Bedeutung bei, nur 0,7 % finden dies überhaupt nicht wichtig. Der Kontakt zur Kreisverwaltung hat hingegen nur für 48,4 % eine sehr hohe Relevanz.

In den Bürgerwerkstätten wurde der Kontakt zu den anderen Vereinen allerdings nur in seltenen Fällen neu hergestellt, auch wenn es mit den Briefkärtchen sogar eine offizielle Möglichkeit hierfür gab. Oft schienen sich Teilnehmende auch zumindest flüchtig zu kennen. Eine Beteiligung der Gemeindeverwaltung war – natürlich mit Ausnahme der kreisfreien Städte – im Rahmen der Bürgerwerkstätten nicht vorhanden.



Im Großen und Ganzen scheint anhand der Teilnehmerbefragung der Bürgerwerkstätten das Ehrenamt in Sachsen gut bis mittelmäßig aufgestellt zu sein. Weniger als 10 % der Umfrageteilnehmer gaben hier die beiden schlechtesten Werte, jedoch über die Hälfte vergab gute und zehn Prozent sehr gute Werte. Kritischer wird da schon der Aspekt gesehen, ob die Anliegen der ehrenamtlich Tätigen genügend Gehör finden. Hier ist immerhin ein Viertel der Meinung, dass dies schlecht bis sehr schlecht funktioniert, knapp die Hälfte vergibt eine mittelmäßige Bewertung und ein Viertel eine gute.



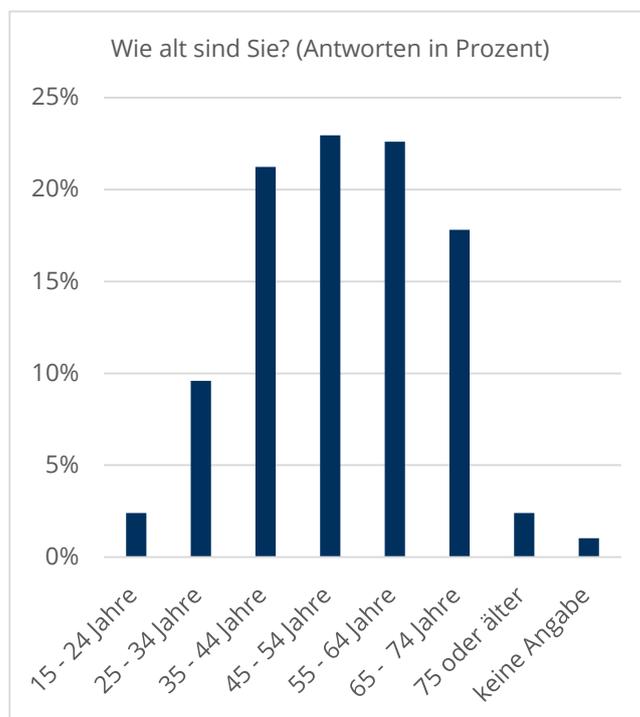
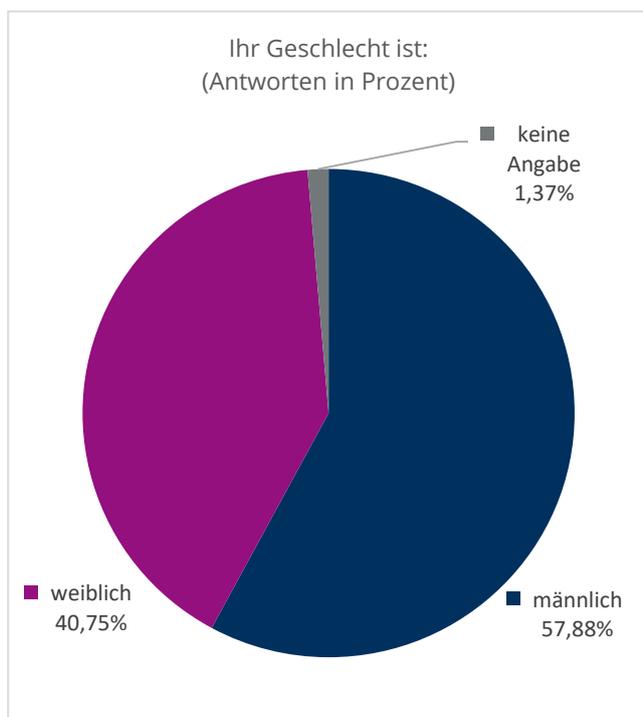
Dieses gemischte Lagebild setzt sich auch in den offenen Fragen zum Ehrenamt fort. Die Befragten reagierten frei auf die Frage: „Was wären die 3 wichtigsten Dinge, die Sie zur Unterstützung Ihrer Arbeit als aktive/r Bürger/in benötigen?“. Häufig genannt wurden zuerst einmal mehr Mitglieder für die Vereinsarbeit. Die Altersstruktur war ebenfalls ein Thema, wozu auch Vorschläge kamen: „die Leitung ehrenamtlicher Vereine sollte sich auch verjüngen, evtl. sollte eine ‚Ehrenmitgliedschaft‘ gefördert

werden, um die Verjüngung zu unterstützen“. Gelegentlich nannten die Befragten auch mehr Zeit und häufig mehr finanzielle Unterstützung als Wunsch. Noch wichtiger waren ihnen jedoch die beiden Themen Bürokratieabbau und Anerkennung. Zum Bürokratieabbau schrieben die Befragten z. B.: „bessere Kommunikation zwischen und innerhalb der Ebenen (Bund, Land, Kommune), nicht der eine sagt so und der andere anders oder die Zuständigkeiten werden hin und her geschoben“ oder auch „Dienstleistungsorientierung auf allen Ebenen“. Auch erleichterte Antragsstellung, Informationen und Beratung wurden gewünscht.

Zum Thema Anerkennung äußerten die Befragten z. B. Wünsche wie: „Begegnung auf Augenhöhe mit Hauptamtlichen, auch Ehrenamtliche sind kompetent!“, „die Gewissheit, dass mir aktiv zugehört und über das Gehörte nachgedacht wird“ oder „man uns als die ‚Stimme des Volkes‘ auch in der Stadtverwaltung akzeptiert und uns Fachkenntnisse zutraut“. Häufig kehrte der Wunsch wieder, dass der gesamtgesellschaftliche Wert des Ehrenamts mehr herausgestellt werden möge, d.h. „Respekt und Anerkennung“.

4.3 Persönliche Angaben

Zur Einordnung der Befunde der Umfrage wurden zudem noch einige wenige persönliche Angaben abgefragt. So zeigt sich, dass die Teilnehmenden der Umfrage mehr Männer als Frauen umfasste und zudem jüngere Teilnehmende unterrepräsentiert sind. Zur Einordnung, inwieweit sich die Umfrageteilnehmer und die Teilnehmenden der Bürgerwerkstätten unterscheiden, und somit mögliche Verzerrungen in den Antworten auftreten, wurden im Rahmen der Beobachtungen des Evaluationsteams Geschlecht und Alter erfasst. Es zeigten sich hier Ergebnisse, die zu den Befunden der Umfrage nahezu kongruent sind. So überstieg die Teilnehmerzahl der Männer die der Frauen. Hinsichtlich einer prozentualen Geschlechterverteilung konnte ein Verhältnis von ca. 43 % weiblicher zu 57 % männlicher Teilnehmerinnen und Teilnehmer festgestellt werden. Zudem war auch innerhalb der Beobachtung, die Personengruppe der unter 20-Jährigen am deutlichsten unterrepräsentiert. Ebenfalls zeigte sich, dass die Altersgruppen zwischen 40 und 60 Jahren und jener über 60 Jahren am stärksten über die Veranstaltungsreihe hinweg vertreten waren. Regional konnten jedoch Unterschiede in der Geschlechts- und Altersstruktur beobachtet werden (vgl. Kapitel 3.3).



5. Zielumsetzung

In der Auswertung der Bürgerwerkstätten trat mehrmals die Diffusion der drei Zielebenen zutage:

1. Wahrgenommen werden und Gehör finden, Wertschätzung erfahren
2. Vernetzung der Zivilgesellschaft
3. Lösungen für konkrete Probleme finden und Projekte erarbeiten

Dem Ziel, dass die Teilnehmenden sich wahrgenommen fühlen sollen, war es sicherlich zuträglich, hochrangige Verantwortungsträger als Sachverständige hinzu zu ziehen. Jedoch können Probleme, die auf den unteren Verwaltungsebenen bestehen, besser mit denjenigen gelöst werden, die den Sachverhalt unmittelbar bearbeiten. Das spiegelt sich auch in der Teilnehmerumfrage darin, dass zwar die Anwesenheit der Sachverständigen mehrheitlich als positiv erfahren wurde, die Zufriedenheit mit den Lösungsvorschlägen jedoch dahinter zurückblieb.

Dieser Konflikt zwischen den Zielen 1 und 3 zeigte sich auch in der Weite des diskursiven Raums, der einerseits groß genug sein musste, um eine umfassende Bandbreite an Problemlagen zur Sprache zu bringen, andererseits für manche Teilnehmer die Themenfokussierung vermissen ließ, die zur vertieften Befassung mit und Ausarbeitung von Lösungskonzepten notwendig gewesen wäre. Zukünftig wäre zu prüfen, wie das Format der Bürgerwerkstätten beide Ziele so verfolgen kann, dass keine derartigen Widersprüche auftreten.

Für die Bürgerwerkstätten haben sich drei Stufen der Ergebnisqualität herausarbeiten lassen.

- A. Adressierung
- B. Response
- C. Problemlösung

Für die Bewertung der Bürgerwerkstätten ist es wichtig, welche Stufe mit dem Format erreicht werden konnte. Die erste Stufe der Adressierung hängt von der Wahl des richtigen Kommunikationsweges ab. Als gesichert kann gelten, dass die Teilnehmenden ihre Probleme adressieren konnten. Auf der Stufe der Response wird für die Teilnehmer deutlich, ob die Anliegen auch Gehör finden. Sie ist deshalb von besonderer Bedeutung, da die bloße Adressierungsmöglichkeit allein noch nicht zur Erfüllung dieses Ziels genügt. Aus den Protokollen geht hervor, dass die meisten Sachverständigen sich ernsthaft und auf Augenhöhe um Antworten bemüht haben. Wie die Teilnehmerumfrage zeigte, sehen viele Teilnehmer es als generelles, über die Bürgerwerkstätten hinausgehendes Problem an, dass ihre Anliegen kein Gehör finden. Es sollte daher darüber nachgedacht werden, neben einer Prüfung bestehender Kommunikationskanäle, die Antwortqualität gegenüber den engagierten Bürgern allgemein hin zu verbessern.

Die dritte Stufe der Problemlösung kann zum Zeitpunkt des Evaluationsberichtes noch nicht bewertet werden, jedoch wurde von manchen Sachverständigen angekündigt, sich um einige konkrete Fragen kümmern zu wollen. Inwieweit neu erdachte Projekte in den Gebietskörperschaften konkret unterstützt werden (können), war ebenfalls zum Abschluss der Werkstattreihe nicht absehbar. Auch, wenn diese dritte Ebene letztlich entscheidend für die Verbesserung von Lebenslagen und Umweltfaktoren ist, kann bereits eine Zufriedenheit auf der Ebene der Response sowohl das Verständnis wie auch die Legitimität von Verwaltungsprozessen und politischen Zusammenhängen stärken.

6. Empfehlungen

Die Empfehlungen, die in den vorangegangenen Kapiteln herausgearbeitet und begründet wurden, lassen sich in folgender Liste übersichtlich darstellen:

1. Über die Frage, welche Ziele man mit den Bürgerwerkstätten verfolgt, sollte Einigkeit herrschen und es ist zu prüfen, wie widersprüchliche Effekte der dazu notwendigen Maßnahmen vermieden werden können (siehe Kapitel 5).

2. Die Bürgerwerkstatt hat vor allem in Schulgebäuden eine ideale Umgebung mit der notwendigen Ausstattung und Infrastruktur gefunden. Weitere Bürgerwerkstätten sollten bevorzugt in Schulen stattfinden (siehe Kapitel 3.2).
3. Die Rundenzahl sollte drei Runden mit Sachverständigen und eine Runde ohne Sachverständigen betragen (siehe Kapitel 3.1 und 3.3).
4. Die Pausenzeiten sollten vereinheitlicht zehn Minuten betragen (siehe Kapitel 3.1 und 3.3).
5. Die Landesregierung kann die Kreisverwaltungen bei der Durchführung von Bürgerwerkstätten hinsichtlich Monitoring, Veranstaltungs-Logistik, Weiterbildung für Fachkräfte, Erfahrungsaustausch und landesweiter Vernetzung maßgeblich unterstützen. Demgegenüber bietet die Kreisebene einen direkten Bezug zur sächsischen Alltagsrealität und damit ein „Ohr am Volk“ (siehe Kapitel 3.3).
6. Die Bürgerwerkstatt sollte alle zwei Jahre wiederholt werden, mindestens aber einmal in der Legislaturperiode stattfinden (siehe Kapitel 3.1).

